

Stefan Karner – Alexander Tschubarjan (Hg.)

Österreich – Russland

Stationen gemeinsamer Geschichte

Redaktion:

Barbara Stelzl-Marx, Viktor Iščenko, Peter Ruggenthaler, Maria Petrova,
Elena Kotova, Olga Pavlenko, Dieter Bacher, Bianca Sieberer

Übersetzungen:

Veronika Bacher, Harald Fleischmann, Julija Schellander, Christian Steppan

Leykam
Graz – Wien
2018

Eine Publikation der Österreichisch-Russischen Historikerkommission



Erstellt und gedruckt mit freundlicher Unterstützung von



© 2018 by Leykam Buchverlag GmbH & Co. KG, Graz – Wien

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Bildquellen- und Copyright-Nachweise wurden mit größter Sorgfalt erhoben. Im Falle geltend zu machender Urheberrechte ersuchen die Herausgeber um Kontaktaufnahme. Den Autorinnen und Autoren wurde es selbst überlassen personenbezogene Bezeichnungen zu gendern. Wenn aus Gründen leichter Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form (generisches Maskulinum) gewählt wurde, schließt diese beide Geschlechter ein.

Anmerkung der Redaktion: Als Adjektiv für Russland wird zur besseren Lesbarkeit „russisch“ anstelle von „russländisch“ verwendet. Russische Eigennamen werden gemäß den wissenschaftlichen Transliterationsregeln wiedergegeben, außer bei im Deutschen geläufigen Schreibweisen wie etwa Gorbatschow, Trotzki, Sotschi, Wolga, Kiew, NKWD, Dnjepr etc.

Titelbilder: APA-Archiv/picturedesk.com, Heeresgeschichtliches Museum Wien, ÖSK, ÖNB, Votava, AdBIK.

Lektorat, Satz und Umschlaggestaltung: www.zwiebelfisch.at

Druck und Bindung: Steiermärkische Landesdruckerei GmbH, 8020 Graz

Gesamtherstellung: Leykam Buchverlag

ISBN 978-3-7011-0410-9

www.leykamverlag.at

Inhalt

Vorwort

Stefan Karner – Alexander Tschubarjan 7

1. Russland und Österreich

Von den ersten Kontakten bis zu den Bündnisbeziehungen

Olga Chavanova – Maria Petrova – Iskra Schwarcz – Christian Steppan 9

2. Österreich und Russland in der „Heiligen Allianz“

Vom Wiener Kongress bis zum Vorabend des Krimkrieges

Werner Drobesch – Elena Kotova 37

3. Russland und die Habsburgermonarchie 1853–1914

Von Krisen zum Untergang

Wolfgang Mueller – Olga Pavlenko 63

4. Der Erste Weltkrieg

Der Prozess des Zerfalls beider Monarchien

Hannes Leidinger – Evgenij Sergeev 91

5. Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938

Verena Moritz – Julia Köstenberger – Alexander Vatlin 121

6. Österreich und die Sowjetunion 1939–1945

Aleksej Filitov – Winfried Garscha – Stefan Karner – Dieter Pohl 143

7. Die Rote Armee in Österreich 1945–1955

Barbara Stelzl-Marx – Olga Pavlenko – Alexander Bezborodov 173

8. Die Sowjetunion und der Weg zur österreichischen Neutralität 1955

Olga Pavlenko – Peter Ruggenthaler 203

9. Österreich und die Sowjetunion im Kalten Krieg nach Abschluss des Staatsvertrags 1955	
Peter Ruggenthaler – Michail Prozumenščikov – Barbara Stelzl-Marx	219
10. Die jüdische Emigration aus der Sowjetunion via Österreich	
Gabriele Anderl – Viktor Iščenko	241
11. Russland und Österreich Von 1991 bis zur Gegenwart	
Stefan Karner – Olga Pavlenko	253
Personenregister	277
Ortsregister	282
Abkürzungsverzeichnis	285
Autoren- und Herausgeberverzeichnis	287

Vorwort

Die Österreichisch-Russische Historikerkommission, die im Dezember 2008 mit Unterstützung der Außenministerien von Österreich und Russland (Urula Plassnik und Sergej Lavrov) gegründet wurde, führte im Laufe ihrer Tätigkeit verschiedene Forschungsprojekte durch, wie „Die Rote Armee in Österreich 1945–1955“, „Der ‚Prager Frühling‘ 1968“, „Der Wiener Gipfel. Chruschtschow – Kennedy 1961“ oder „Das Ende einer Ära 1989–1991“.

Ausgehend von den wissenschaftlichen, gemeinsamen Projekten erschienen Bücher auf Basis erstmals zugänglicher Archivdokumente, die daher größtenteils auch noch nie zuvor in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht worden waren. Sie umfassten sowohl die Geschichte der russisch/sowjetisch-österreichischen Beziehungen als auch europäische und globale Prozesse. Im letzten Jahrzehnt wurden unter der Ägide der Kommission internationale wissenschaftliche Konferenzen, Symposien und Workshops durchgeführt. Ihre Themen umfassten einen großen Zeitraum: von der ersten Reise Sigmunds von Herberstein nach Moskau vor über 500 Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Die Mitglieder der Österreichisch-Russischen Historikerkommission gingen immer davon aus, dass es für die weitere Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bildungsbe- reich notwendig ist, einen Grundkonsens in den Methoden der historischen Forschung und in der Anerkennung fester Daten zu finden, die in der Folge – gemäß den unterschiedlichen historischen Schulen – der Interpretation und Bewertung der Ereignisse und Entwicklungen Raum lässt. Dies betrifft nicht nur die Geschichte Russlands und Österreichs, sondern ist auch eng mit der Weltgeschichte verwoben, umfasst das europäische Mächtegleichgewicht im 18. Jahrhundert ebenso wie die Napoleonischen Kriege, den Wiener Kongress, die Systeme der Friedensordnungen im 19. Jahrhundert, die Weltkriege, den Kalten Krieg oder die Herausforderungen der Gegenwart.

Selbstredend sind die so benannten österreichisch/habsburgisch-russischen Beziehungen zumindest bis 1806 auch die Beziehungen Russlands zum Heiligen Römischen Reich, dessen Herrscher mit Ausnahme weniger Jahre die Habsburger in Wien waren. Daher sei hier auch auf das dreibändige deutsch-russische Geschichtsbuch (hg. u. a. von

Horst Möller, Helmut Altrichter, Alexander Tschubarjan und Viktor Iščenko) verwiesen.

Eine effektive Methode, Herangehensweisen an die gemeinsame Geschichte aufeinander abzustimmen und zu testen, ist die Konzipierung eines systematisch entworfenen Lehrbegriffs, gemeinsam erarbeitet von österreichischen und russischen Historikern über die bilateralen Beziehungen von den ersten diplomatischen Kontakten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis heute.

Das vorliegende Buch wurde als Lehrbegriff für Geschichtslehrer von Mittelschulen und Gymnasien beider Länder konzipiert. Es richtet sich aber ebenso an Studierende und eine breitere Leserschaft.

Die Kommission regte im Jahr 2014 an, jedes Kapitel von österreichischen und russischen Autoren gemeinsam zu schreiben. Eine schwierige Vorgabe, die Aufgabe war eine Herausforderung. Die verständliche, anfängliche Skepsis gegenüber der Vorgabe einer gemeinsamen Verfassung der Beiträge erwies sich als unbegründet.

Die Herausgeber danken allen Autoren und Übersetzern dieses Buches, den Mitarbeitern der Forschungseinrichtungen in Österreich und Russland sowie der Archive beider Länder. Organisatoren des Projektes waren das Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung (BIK) und das Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften (IVI RAN). Koordiniert wurde die Organisation von Maria Petrova (IVI RAN) und Peter Ruggenthaler (BIK).

Die Österreichisch-Russische Historikerkommission dankt dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich (vor allem Ernst Aichinger, der auch Kommissionsmitglied war), dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, dem Land Steiermark und der Stadt Graz für die Unterstützung bei der Herausgabe des Buches in deutscher Sprache. Für die Herausgabe der russischsprachigen Ausgabe dankt sie dem Russischen Forschungsfonds (RNF).

Stefan Karner
Co-Vorsitzender des österreichischen
Teils der ÖRHK

Alexander Tschubarjan
Co-Vorsitzender des russischen
Teils der ÖRHK

Barbara Stelzl-Marx
Schriftführerin des österreichischen
Teils der ÖRHK

Viktor Iščenko
Schriftführer des russischen
Teils der ÖRHK



Russland und Österreich

Von den ersten Kontakten bis zu den Bündnisbeziehungen

**OLGA CHAVANOVA – MARIA PETROVA –
ISKRA SCHWARCZ – CHRISTIAN STEPPAN**

Die gegenseitige Wahrnehmung und die vielseitigen Beziehungen zwischen Russland und Österreich haben eine lange zurückreichende Geschichte. Da die beiden Länder keine gemeinsame Grenze hatten, wurden die Beziehungen in der frühen Neuzeit vor allem vom Verhältnis zu den Nachbarländern Polen-Litauen und zum Osmanischen Reich geprägt. Die beiden Staaten verfolgten ihre eigenen Interessen und bemühten sich durch eine Allianz Druck auf ihre Nachbarn auszuüben.

Die ersten, in Quellen belegten Kontakte der beiden Mächte reichen in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts zurück. In diesem Zeitraum gelang es den österreichischen Erzherzogen aus der Dynastie der Habsburger für sich die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reichs zu sichern und die Erbländer zu konsolidieren. Der Dualismus des staatlich-rechtlichen Status' der Habsburger beeinflusste auch die Herausbildung ihres außenpolitischen Kurses. Für die Kaiser war es das vorrangige Ziel, durch dynastische Politik ihre Hausmacht zu stärken und dadurch ihre Position im Heiligen Römischen Reich zu festigen. Die österreichischen Erzherzöge mussten die Sicherheit der Besitzungen der Dynastie verfechten. Im Westen bedrohte sie Frankreich, in Kriegen wurde das Herzogtum Mailand erobert, und in Mittel-Osteuropa bedrohte sie Polen-Litauen und das Osmanische Reich. Außerdem gelang es den Habsburgern im Laufe des 16. Jahrhunderts große Ländereien der Königreiche von Böhmen und Ungarn, vor allem durch Heiraten, in ihren Besitz zu bekommen.

Das Heilige Römische Reich

Das Heilige Römische Reich wurde im Jahr 962 vom deutschen König Otto I. begründet, nachdem sich seine Macht auf Nord- und Mittelitalien mit Rom ausgebreitet hatte. Es galt als Weiterführung des Reiches der Karolinger, das seinerseits als Nachfolger des antiken Römischen Reiches betrachtet wurde. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts wurde es als „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ bezeichnet.

In der Neuzeit erlangte die mittelalterliche Idee eines christlichen Reiches, eines universellen Kaiserreichs des Westens rein weltlichen Charakter. Sie manifestierte sich in Gestalt eines überstaatlichen Gebildes, welches alle deutschen Ländereien, Burgund und einige italienische Gebiete vereinigte, wurde aber kein Staat im eigentlichen Sinne des Wortes. In den folgenden Jahrhunderten verfolgte das Kaiserreich nicht so, wie seine westlichen Nachbarn, den Weg der politischen Zentralisierung, sondern verlor sogar die frühere relative Einheit und verwandelte sich in ein Gebilde halbautonomer Territorien.

Die Ausmaße der Territorien und die politische Bedeutung der Gebiete waren ebenso unterschiedlich wie auch ihr Status. Die Subjekte des Reiches waren Reichsfürstentümer, Herzogtümer, Grafschaften, Erzbischofstümer, Abteien und freie Reichsstädte. Der Kaiser war Souverän und Beschützer der Kirche, stand an der Spitze der Regierung des Reichs, erklärte Krieg und Frieden, erließ Gesetze und übte die Rechtsprechung aus. Bei alledem war er eine gewählte Person. Die Goldene Bulle von 1356 verlieh das Wahlrecht nicht einer konkreten Person oder Dynastie, sondern den Territorien. Die Fürsten dieser Territorien trugen den Titel Kurfürst. Zu Beginn gab es sieben Kurfürsten, Ende des 17. Jahrhunderts neun, darunter böhmische Könige, die ab 1437 die Habsburger stellten.

Im Jahr 1519 wurden die Machtbefugnisse des Kaisers bedeutend durch die mit den Kurfürsten abgestimmte Wahlkapitulation, die in der Folge erweitert und ergänzt wurde, eingeschränkt. Der Westfälische Frieden von 1648, der den Dreißigjährigen Krieg in Europa beendete, stattete die Reichsfürsten mit staatlicher Souveränität aus. Die Unabhängigkeit der Subjekte des Reichs von der kaiserlichen Macht nahm im Verlauf des 17.–18. Jahrhunderts unentwegt zu. Das Heilige Römische Reich existierte bis 1806.

Von 1438 bis 1806 trugen (mit Ausnahme der Jahre 1742–1745) österreichische Erzherzöge aus der Dynastie der Habsburger die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

ELENA KOTOVA

Auch der Moskauer Staat konsolidierte sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Dem Moskauer Großfürsten Ivan III. (1462–1505) gelang es, die politische Vorherrschaft durch eine Heiratsverbindung mit dem oströmischen Kaiserhaus und durch die Übersiedlung der Kirchenführung von Vladimir nach Moskau zu sichern. Sukzessive wurden Nachbarterritorien, wie die Stadtrepublik Novgorod, erobert. Die Habsburger bemühten sich, das Moskauer Reich als Gegenkraft zur osmanischen Großmacht in das mitteleuropäische Bündnissystem einzubeziehen und sahen außerdem die Moskauer als potenziellen Verbündeten gegen die Jagiellonen im Kampf um die Vorherrschaft in Ostmitteleuropa an. So kam im Jahr 1486 der schlesische Ritter Nikolaus Poppel nach Moskau, um Informationen zu sammeln und die potenziellen Möglichkeiten, den Großfürsten in Bündnisbeziehungen mit Wien zu bringen, auszuloten. Drei Jahre später, 1489, kam er als offizieller Gesandter von Kaiser Friedrich III. (1452–1493). Von da an begannen aktive diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Maximilian I. bot dem Großfürsten den Titel eines „Zaren“ an, um ihn als Bundesgenossen zu gewinnen und gleichzeitig um das kaiserliche Recht zur Verleihung

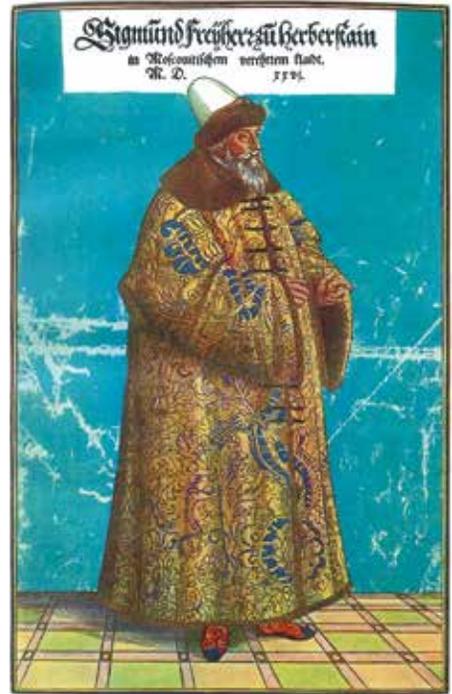
von Kronen in Erinnerung zu bringen. Im Verlauf der Bündnisverhandlungen reiste Sigmund von Herberstein als kaiserlicher Botschafter in zwei großen Gesandtschaften (1516/17 und 1525/26) nach Moskau. Wiederholt kamen auch russische Gesandtschaften ins Reich und nach Österreich, um Verträge auszuhandeln. So begann Russland allmählich in das mitteleuropäische Bündnisystem hineinzuwachsen.

Besonders intensiv waren die diplomatischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts während der Verhandlungen über die Thronfolge in Polen-Litauen nach dem Ende der Dynastie der Jagiellonen 1572. So unterstützte der erste russische Zar Ivan IV. die Kandidatur Maximilians II. für den polnischen Thron, wobei er nicht ausschloss, dass es ihm unter günstigen Umständen gelingen würde, eine Aufteilung der „Rzeczpospolita“ zwischen den zwei Staaten zu erreichen, was der Kaiser selbst 1574 vorschlug. Der Moskauer Herrscher hoffte, den sich schon lange hinziehenden Streit um Livland

zu seinen Gunsten zu entscheiden. Allerdings verlangten auch die Angelegenheiten auf der Krim seine Aufmerksamkeit. Die Bildung eines antiosmanischen Bündnisses nahm weiterhin einen bedeutenden Platz in der Politik Ivans des Schrecklichen ein. Die „Zeit der Wirren“ wirkte sich nachteilig auf die diplomatischen Beziehungen Russlands mit Österreich aus, im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) rissen sie ab.

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges und die Friedensverträge von Münster und Osnabrück (1648) erbrachten ein neues europäisches Staatensystem: Es basierte auf Gleichrangigkeit und Souveränität. Der „magnus dux moscoviae“ wurde in den Westfälischen Friedensverträgen 1648 als Verbündeter Schwedens eingeführt, das gemeinsam mit Frankreich Garantmacht des Friedens war. So wurde der Moskauer Staat mit dem Vertrag völkerrechtlich in die „Respublica Christiana“ inkorporiert und stärker in inneneuropäische Verhältnisse involviert.

Im Jahre 1654 kam es nach einer langen Pause wieder zum Austausch von diplomatischen Missionen zwischen Wien und Moskau. Anlass war der Konflikt zwischen Polen-Litauen und dem Moskauer Staat. Die politische Lage nahm sehr schnell eine unerwartete Wende, als der schwedische König in Polen einfiel, den Konflikt verschärfte und Moskauer Truppen gegen die Schweden, die einen Großteil Polens erobert hatten, marschierten. Europa wurde in einen neuen großen Krieg gestürzt.



Sigmund von Herberstein

Die kaiserliche Vermittlungspolitik führte schließlich zu Verhandlungen, die den Frieden wiederherstellten.

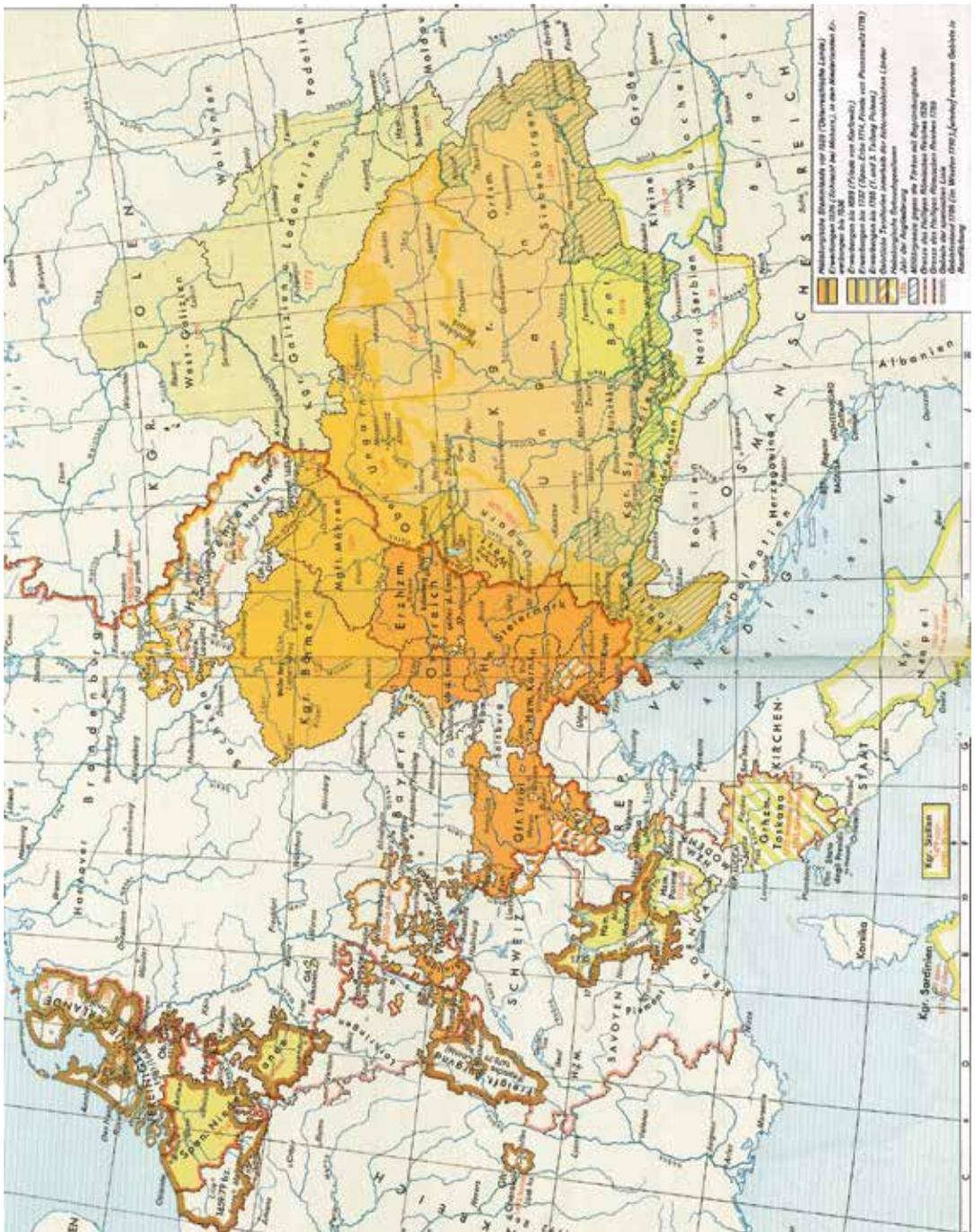
Kurz vor der zweiten Türken-Belagerung Wiens (1683) war der Moskauer Staat für Österreich zu einem Verbündeten gegen das Osmanische Reich aufgerückt. Als die Heilige Liga eindrucksvolle Erfolge vorzuweisen hatte, nutzte Russland die Chance, im Rahmen einer großen Koalition gegen das Osmanische Reich zu kämpfen. Es schloss sich durch ein Bündnis mit Polen (1686) indirekt der Heiligen Liga an und unternahm Feldzüge gegen die Krimtataren (1687, 1689), die aber erfolglos blieben. Erst 1697 wurde in Wien mit dem Kaiser – unter Einbeziehung Venedigs – ein Bündnis auf drei Jahre abgeschlossen. Dieser Vertrag sah allerdings keine militärische Koordination und kein gemeinsames Vorgehen gegen die Türken vor.

Der Friede von Karlowitz (1699) brachte eine neue Machtkonstellation in den europäischen Raum. Er sicherte den Aufstieg Österreichs zur Großmacht und das Ringen zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich trat in eine neue Phase ein. Der russische Zar schloss erst ein Jahr später Waffenstillstand mit den Osmanen. Die russischen außenpolitischen Pläne richteten sich von der Region des Schwarzen Meeres nach Norden und Peter I. ließ alle Kräfte auf diese Aufgaben im Norden konzentrieren. Es begann der Große Nordische Krieg (1700–1721). So wurden die Interessen Österreichs und Russlands in unterschiedliche Richtungen gelenkt: der Kaiser führte Krieg mit Frankreich um Spanien und der Zar rang mit den Schweden um die Macht in Nordosteuropa und im Ostseeraum. Für Wien spielten die Reichsinteressen eine dominierende Rolle und die Politik des Hofes war oft doppelgleisig, was besonders stark in der Zeit Karls VI. zur Geltung kam.

Nach dem Sieg Peters des Großen über den schwedischen König Karl XII. bei Poltava (1709) sah die Wiener Regierung jedoch eine Bedrohung ihrer Interessen und der Gebiete des Reiches und war durch die Erfolge des Zaren und durch seine Annäherung an den Herzog von Mecklenburg beunruhigt und verärgert: Die russischen Truppen standen an der Reichsgrenze. Als Prinz Eugen am 5. August 1716 bei Peterwardein siegte, zeigte der Kaiser an einem von Seiten des Zaren mehrmals angebotenen Bündnis nur noch geringes Interesse. Man äußerte sogar Bedenken, dass der Zar seinem Bundesgenossen bei den Friedensverhandlungen durch übermäßige Forderungen zur Last fallen werde, besonders betreffend die Walachei und Moldau.

Trotz dieser Differenzen wurden die politischen Verhandlungen zwischen Wien und Sankt Petersburg bis 1718 nicht unterbrochen, nur waren sie gelegentlich mehr, gelegentlich auch weniger erfolgreich und freundlich. Ein neues Instrument der Politik zu dieser Zeit wurde die Einrichtung von ständigen diplomatischen Vertretungen in den Hauptstädten. Der erste russische Botschafter in Wien war ab 1701 Fürst Pëtr Golicyn, auf österreichischer Seite wurde im Oktober 1702 Otto Anton Pleyer zum kaiserlichen diplomatischen Sekretär am russischen Hof ernannt. Erst später, 1710, wurde er kaiserlicher Resident in Moskau.

RUSLAND UND ÖSTERREICH: VON DEN ERSTEN KONTAKTEN ...



Die territoriale Ausdehnung der habsburgischen Länder 1526–1795, Quelle: W. Putzger, Historischer Weltatlas. Wien 1972.

Ein nächster Schritt der Integration Russlands in das europäische Mächtesystem war im Oktober 1711 die Vermählung des Thronfolgers Aleksej mit Charlotte Christine Sophie von Braunschweig-Wolfenbüttel. Ihre ältere Schwester Elisabeth Christine war seit 1708 mit dem späteren Kaiser Karl VI. verheiratet, der somit zum Schwager von Aleksej wurde. Zur weiteren Familie der Braut gehörten zudem die hannoveranischen Welfen, die Anwärter auf den Königsthron von Großbritannien waren. In der Folgezeit belastete die Flucht des russischen Thronfolgers nach Wien und seine erzwungene Rückkehr nach Russland die beiderseitigen Beziehungen weitaus stärker als die zurückgewiesenen Bündnisangebote. Die Flucht hatte politische Auswirkungen, die vor allem die bestehenden Spannungen zwischen dem Kaiserhof und dem Zaren verstärkten. Peters Beschuldigungen, Kaiser Karl VI. habe dem Flüchtling und Schwager Aleksej Waffenhilfe für den Fall eines staatlichen Umsturzes in Russland angeboten, führte im August 1718 zur Verstimmung und zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Sankt Petersburg.

Die Verhältnisse wurden zusätzlich auf eine Probe gestellt, als Peter der Große sich im Jahre 1721 den Titel Imperator zulegte. Preußen und die Vereinigten Niederlande akzeptierten die Neuerung ohne zu zögern. Österreich



Portrait Peters I. Jean-Marc Nattier, 1717. Münchner Residenz.

anerkannte diesen Titel nicht, die Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg gefroren, was sich vor allem im Abbruch der direkten Kommunikation zwischen den beiden Herrschern sowie im Verbleib niederrangiger diplomatischer Vertreter am jeweils anderen Hof zeigte.

Erst der Tod Peters I. (1725) ließ den durch den russischen Monarchen in seiner europäischen Vormachtstellung eingeschränkten Karl VI. über einen politischen Neuanfang mit dem russischen Hof nachdenken. Diese Überlegungen wurden durch die internationalen Rahmenbedingungen verstärkt, die den Wiener Kaiser aufgrund des Bündnisschlusses mit Spanien und der daraus resultierenden Allianz von Herrenhausen zwischen England, Frankreich und Preußen allmählich in eine außenpolitische Isolation gerieten ließen.

Vor diesem Hintergrund gelang es den zurückgebliebenen Gesandten in Wien bzw. Petersburg – dem russischen Gesandtschaftssekretär Ludwig Lanczinski († 1752) sowie dem österreichischen Legationssekretär Nikolaus Hochholzer – einen Kompromiss in der konfliktbeladenen Titelfrage zu erzielen und damit die Kommunikation zwischen ihren Herrschern wiederherzustellen. Äußeres Zeichen dieser Annäherung stellte die Absendung des hochrangigen Ambassadeurs Amadeus Graf Rabutin (†1727) dar, dem es gemeinsam mit den russischen Vertretern vor Ort gelang, ein Bündnis auszuhandeln.

Österreich und die Sowjetunion im Kalten Krieg nach Abschluss des Staatsvertrags 1955

PETER RUGGENTHALER – MICHAIL PROZUMENŠČIKOV – BARBARA STELZL-MARX

Die österreichische Regierung hatte sich nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags grundsätzlich eine Neutralitätspolitik nach Schweizer Vorbild zum Ziel gesetzt. Doch noch 1955 wich Wien davon ab: Österreich trat der UNO bei. Militärpolitisch blieb Österreich jedoch neutral zwischen den Blöcken, das politische System demokratisch (nach westlichem Muster), mit ausgeprägter Sozialpolitik nach schwedischem Vorbild. Österreich sah sich als „Brückenbauer“ und trat stets für einen Dialog zwischen West und Ost ein. 1956 trat Österreich dem Europarat bei. Die Sowjetunion protestierte zwar nicht offiziell gegen die nunmehrige Zugehörigkeit zum damals als „aktiv antikommunistisch und antisowjetisch“ wahrgenommenen Europarat, verwies aber darauf, dass er im „militärischen Westblock“ verankert sei und die Schweiz, deren Neutralität die eigentliche Vorbildfunktion für Österreich erfüllen sollte, kein Mitglied sei.

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 hatte die Sowjetunion auch ein klares Zeichen zum Beginn der Entspannung in Europa gesetzt. In Moskau hoffte man zudem, die Neutralität könne eine fruchtbare Grundlage für die Ausbreitung des Sozialismus sein und Österreich könne in wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR gebracht werden. Auf der anderen Seite hatte man zwischenzeitlich auch in Washington die kühnen Hoffnungen und weitgehende Planungen, Österreichs Neutralität könnte eine Chance für die „Volksdemokratien“ wie das benachbarte Ungarn sein, aus dem Warschauer Pakt auszuscheren und in der Folge den sowjetischen Ein-

fluss über Osteuropa zu schwächen. Genau dies trat 1956 ein, als aus sozialen Unruhen und Protesten gegen das kommunistische Regime in Ungarn ein Volksaufstand gegen die Sowjetunion wurde. Kurzfristig hatte die ungarische Revolution sogar über die Sowjetmacht gesiegt.

Der Ungarn-Aufstand 1956

Einen wesentlichen Impuls für die revolutionären Vorgänge in Ungarn 1956 hatte die Sowjetunion selbst gegeben. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 hatte Nikita S. Chrusčev mit Stalin abgerechnet. Die Abkehr vom Stalinismus in Moskau beflügelte in Osteuropa Rufe nach mehr Freiheit.

Am 23. Oktober versammelten sich in Budapest Tausende Demonstranten, die die Absetzung der stalinistischen Führung in Ungarn forderten. Die ungarischen Kommunisten riefen zunächst sowjetische Truppen zu Hilfe, machten schließlich aber nach weiterer Eskalation des Konflikts und ersten bewaffneten Zusammenstößen entscheidende Zugeständnisse: Sie scharten sich um Imre Nagy, den man 1955 als Ministerpräsidenten abgesetzt hatte, nun aber wieder ins Amt holte. Nagy gab vielen Forderungen der Aufständischen nach und vereinbarte mit Moskau sogar den Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest. Der Aufstand radikalisierte sich aber weiter. Dies, der faktische Machtverlust der Kommunisten und die Ankündigungen von Imre Nagy über einen möglichen Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt mit künftiger Neutralität nach österreichischem Vorbild, veranlasste die Krenil-Führung, ihre Entscheidung über den Truppenabzug zu überdenken. Moskau bildete eine neue ungarische „Arbeiter-und-Bauern“-Regierung mit Janos Kádár an der Spitze. Die Unterstützung eines harten Kurses Moskaus durch die anderen Warschauer-Pakt-Staaten und vor allem durch China ebneten den Weg zur Ergreifung drastischster Mittel: Am 4. November startete die Sowjetunion die Operation „Wirbelsturm“, die nach fünf Tagen mit der völligen Niederschlagung des Aufstandes endete. Imre Nagy und viele seiner Gefolgsleute wurden festgenommen und später erschossen. An die 200.000 Ungarn flüchteten ins Ausland, die meisten davon zunächst nach Österreich.



Im Westen verfestigte sich mit der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands das Bild vom „Panzerkommunismus“; die kommunistischen Diktaturen in Osteuropa konnten nur mithilfe des Einsatzes sowjetischer Panzer aufrechterhalten werden.

DIE ÖSTERREICHISCHE NEUTRALITÄT NACH 1955 – FRUCHTBARER BODEN FÜR DEN SOZIALISMUS ODER TROJANISCHES PFERD FÜR DEN OSTBLOCK?

Nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 beobachtete der Kreml argwöhnisch die aus seiner Sicht zu prowestliche (und teilweise klar antisowjetische) Haltung österreichischer Politiker und bezichtigte Wien der Neutralitätsverletzung. Nikita S. Chruščev setzte jedoch auch aus eigenem Interesse auf eine Deeskalation der Spannung und intensivierte die Beziehungen zu Österreich. Ihm ging es in erster Linie darum, die Gefahr des „Trojanischen Pferdes“ Österreich für den Ostblock zu minimieren. Österreich sollte kein Nachahmungsmodell für die „Volksdemokratien“ (wie in den Revolutionstagen in Budapest, als sich Ungarn nach österreichischem Vorbild für neutral erklärte) sein. Dafür lockte er immer wieder mit lukrativen wirtschaftlichen Aufträgen und verzichtete großzügig auf millionenschwere österreichische Zahlungsverpflichtungen, die sich aus dem Staatsvertrag ergeben hatten. Die Verheißung enger und guter Beziehungen der UdSSR zu Österreich, die für Österreich wirtschaftlich von Vorteil seien, kam auch einem sanften sowjetischen Druckmittel auf die österreichische Regierung gleich, die Neutralitätspolitik ernst zu nehmen. Noch schärfer fielen die sowjetischen Reaktionen auf die Gerüchte über einen möglichen Beitritt Österreichs zur Montanunion (EGKS) aus. Dies käme, so die sowjetische Sicht, einer Verletzung des Artikels 4 des Staatsvertrags, der jede Art einer politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland unterband, gleich. Infolge der Ungarn-Krise unterließ Österreich jegliche Bemühungen, der EGKS beizutreten. Ab 1957 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion. Eine rege Besuchsdiplomatie festigte die gute Gesprächsbasis zwischen Wien und Moskau.

Die USA verfolgten zwar teilweise besorgt die enger werdenden Beziehungen zwischen Wien und Moskau, grundsätzlich brachten sie aber für Österreich Verständnis auf. Anfang der 1960er-Jahre verstanden es die österreichischen Politiker aus ihrer Sicht zudem sehr gut, in Washington vor einer drohenden „Finnlandisierung“ und einer zu engen Vereinnahmung Österreichs durch die Sowjetunion, zu warnen.

In Europa stand Österreich, abgesehen von der BRD, ohne „Verbündete“ da (Italien blockierte wegen der Südtirolfrage eine Annäherung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Frankreich sah – wie die Sowjetunion – die „Anschluss“-Gefahr). Amerikanische Zusagen, man werde neutralen Ländern wie Österreich verstärkt Aufmerksamkeit schenken, kommunizierten die österreichischen Politiker umgehend der Sowjetführung und nutzten damit geschickt einen sich aufbauenden Handlungsspielraum, v. a. in der Wirtschaft, aus.

DER BRÜCKENBAUER ZWISCHEN WEST UND OST

Ein erster sichtbarer Ausdruck, dass Österreich als neutraler Staat seinen festen Platz in der Weltgemeinschaft gefunden hatte, war die Etablierung des Verwaltungssitzes der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), die am 29. Juli 1957 in New York unter dem Dach der UNO gegründet worden war. Die Idee, die IAEO in Wien anzusiedeln, ging auf eine Bewerbung Wiens selbst und auf intensivste Bemühungen österreichischer Diplomaten zurück. Im Oktober 1957 erhielt Wien – und nicht Genf – den endgültigen Zuschlag.

Die österreichischen Politiker versuchten sich schon sehr früh als Vermittler zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR zu positionieren, auch auf die Gefahr hin, sowohl von Washington als auch von Moskau als deren Propagandasprachrohr missbraucht zu werden (wie etwa in der Berlinkrise ab 1958, in der Chruščev Kreisky gezielt nutzte, um ihn von seiner Unnachgiebigkeit und Entschlossenheit zu überzeugen). So vermittelte man in guter Absicht und der Hoffnung, tatsächlich einen Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens leisten zu können. Schließlich hätte man doch selbst durch die erfolgreichen Staatsvertragsverhandlungen einen Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet. Teilweise spielten sich österreichische Politiker aber auch einfach nur aus innenpolitischem Kalkül als Vermittler auf.

Chruščev, der die österreichische Neutralität als seine Errungenschaft sah, kam im Juli 1960 zu einem 13-tägigen Staatsbesuch nach Österreich, in ein Land, das er von einem früheren Besuch, gleich nach Kriegsende, bereits kannte und schätzte. In einem Postbus fuhr er, teils begleitet von Bundeskanzler Julius Raab, tagelang durch das Land und zeigte sich beeindruckt von den technischen Errungenschaften der österreichischen Stahlindustrie. Humorvoll kritisierte Chruščev den österreichischen Außenminister Bruno Kreisky:

Dialog zwischen Chruščev und Kreisky

N. S. Chruščev [wendet sich zu Raab und zeigt auf Kreisky]: „Da ist er, der Verteidiger des Westens!“

Kreisky: „Nein, ich verteidige die Neutralität. Ich balanciere!“

N. S. Chruščev: „Er balanciert zugunsten der westlichen Länder. [...]“

[Gelächter] Kreisky: „Wir sind für eine Kräftebalance.“

N. S. Chruščev zum Kanzler: „Er verteidigt ...“

Kreisky: „Die westlichen Länder beschwerten sich, dass wir der Sowjetunion in zu hohem Maße zuge-neigt sind und dass aus ihrer Sicht zwischen uns zu großes Verständnis herrscht.“

N. S. Chruščev: „Sie beschwerten sich über eine gute Sache! [...]“

Kreisky: „Als wir in Washington waren, hat man uns gesagt: Ihr kommt den Wünschen der Russen zu sehr entgegen, uns gegenüber macht ihr aber keine Zugeständnisse.“

QUELLE: RGANI

Auch wenn die österreichische Regierung starker internationaler Kritik ausgesetzt war – Chruščev zu hofieren, während dieser vor dem Hintergrund der Berlin-Krise



Gemeinsam mit Bundeskanzler Raab tourte Chruschtschow mit einem Bus im Juli 1960 durch Österreich. Foto: SLA.

mit aggressiven Drohungen von sich reden machte –, fand Österreich so seinen Platz in der internationalen Politik im Kalten Krieg als Begegnungsstätte zwischen Ost und West. Nur ein Jahr später kam Chruschtschow erneut nach Österreich: diesmal zum „Wiener Gipfel“ mit US-Präsident John F. Kennedy.

So tragisch die Teilung Berlins für seine Bewohner und ganz Europa war – sie minimierte letztlich das Risiko eines Krieges zwischen Ost und West. Die seit drei Jahren schwelende Berlin-Krise hatte auf dramatische Weise ein vorläufiges Ende gefunden. US-Präsident Kennedy soll intern gesagt haben: „Es ist keine schöne Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch einmal viel besser als ein Krieg.“

Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen wurden vom sich verschlechternden Weltklima nicht tangiert. Die Österreicher versuchten, wo immer es ging, zu vermitteln. Im Sommer 1962 kam eine österreichische Regierungsdelegation nach Moskau, wo sie im Glanz des Kremls hofiert wurde. Wenig später, im Oktober 1962, schitterte die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe. Die „Kuba-Krise“ hielt die ganze Welt in Atem.

Unmittelbarer Anlass für die „heißeste“ Krise im Kalten Krieg war die heimliche Stationierung atomar bestückter sowjetischer Raketen auf Kuba. Die Sowjetunion wollte damit eine abschreckende Antwort auf die 1961 erfolgte Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Türkei geben (von dort hätten die wich-

Autoren- und Herausgeberverzeichnis

Gabriele Anderl, Dr., Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung, Wien.

Dieter Bacher, Mag. wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz.

Alexander B. Bezborodov, Prof. Dr., Rektor der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU), Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Olga V. Chavanova (Khavanova), Prof. Dr., stv. Leiterin des Instituts für Slawische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Werner Drobesch, Dr., Professor am Institut für Geschichte der Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Klagenfurt.

Aleksej M. Filitov, Prof. Dr., leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Globale Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Winfried Garscha, Dr., leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, Wien.

Viktor V. Iščenko, Dr., leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Globale Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften, Sekretär der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Stefan Karner, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c., Gründer und Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz – Wien – Raabs (1993–2018), Co-Vorsitzender der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Graz.

Julia Köstenberger, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Wien. Mitglied der Österreichischen-Russischen Historikerkommission, Wien.

Elena V. Kotova, Dr., leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Globale Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Hannes Leidinger, Priv.-Doz. Dr., Lehrbeauftragter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Wien.

Philipp Lesiak, Mag. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung; Koordinator der Büros Wien und Raabs.

Verena Moritz, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Wien.

Wolfgang Mueller, Univ.-Prof., Dr., Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Wien.

Olga V. Pavlenko, Doz. Dr., Vizerektorin für Wissenschaft der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU), Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Maria A. Petrova, Dr., leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Globale Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Dieter Pohl, Univ.-Prof. Dr., Leiter der Abteilung für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Klagenfurt.

Michail Ju. Prozumenščikov, Dr., stv. Direktor des Russischen Staatsarchivs für Zeitgeschichte, Moskau.

Peter Ruggenthaler, Priv.-Doz. Mag. Dr., stv. Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz–Wien–Raabs, Mitglied der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Graz.

Iskra Schwarcz, Ass.-Prof. Mag. Dr., Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, Wien.

Evgenij (Evgeny) Ju. Sergeev, Prof. Dr., leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Globale Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau.

Barbara Stelzl-Marx, Priv. Doz. Mag. Dr., Leiterin des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz–Wien–Raabs, Sekretärin der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Graz.

Christian Steppan, Dr., Historiker, Innsbruck.

Alexander O. Tschubarjan, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr., wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Globale Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Co-Vorsitzender der Österreichisch-Russischen Historikerkommission, Moskau.

Alexander Ju. Vatlin, Prof. Dr., Institut für Neue Geschichte und Zeitgeschichte der Moskauer Lomonosov-Universität, Moskau.